

EXTRA

ZUR BUNDESTAGSWAHL 2005

NR. 3

ver.di

VER. DI VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT



FOTO: MICHAEL KNEFFEL

TARIFRECHT IN GEFAHR

Wir wollen nicht betteln

Merkel, Westerwelle und Co. wollen die Gewerkschaften aus den Betrieben raushalten – doch wer streitet dann für Arbeitsbedingungen und Löhne?

Dumpinglöhne, Arbeitszeiten ohne Ende und weitere Arbeitsplatzvernichtung sind programmiert, wenn das Bündnis aus FDP und Wirtschaftsflügel der Union an die Hebel der Macht kommt. Bisher sichern Tarifverträge die soziale Existenz von mehr als 25 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien. Grundlage ist die von der Verfassung geschützte Tarifautonomie. Sie gibt den Gewerkschaften das Recht, Löhne, Arbeitszeiten und andere Arbeitsbedingungen wie Urlaubsdauer und Weihnachtsgeld auszuhandeln – notfalls unter Streikdruck. CDU/CSU und FDP wollen das Tarifrecht durchlöchern. Wenn sie sich damit durchsetzen, bleibt in den Betrieben kein Stein mehr auf dem anderen.

„Selbstbestimmung der Arbeitnehmer“ nennt dies die FDP. Bei CDU und CSU heißt es im „Regierungsprogramm“: „Wir sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab“, um Arbeitsplätze und Beschäftigung zu fördern. Klingt gut. In Wirklichkeit geht es Westerwelle, Merkel & Co. jedoch darum, die ungeliebten Gewerkschaften aus den Betrieben zu vertreiben.

Die Beschäftigten und ihre betriebliche Interessenvertretung sollen alles allein regeln. Aber die Betriebsräte sind per Gesetz auch auf das „Wohl des Betriebs“ verpflichtet. Sie dürfen keinen Druck ausüben, etwa durch den Aufruf zu Arbeitsniederlegungen. Als Arbeitnehmervertretung bei Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen ohne Streikrecht dazustehen, bedeutet dann nur noch „kollektives Betteln“, wie das Bundesarbeitsgericht höchststrichlerlich festgestellt hat.

Betriebsratsarbeit ist schon schwer genug

Deshalb halten die meisten Betriebsräte überhaupt nichts von diesen „betrieblichen Bündnissen“. Sie wollen eben nicht um die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen betteln müssen und lehnen daher solcherart „Selbstbestimmung“ dankend ab. Sie wissen genau, unter welchen Erpressungsdruck sie ohne die Gewerkschaften geraten würden. Schon bei der zur Zeit geltenden Rechtslage haben sie es schwer genug, die Einhaltung geltender Tarifverträge in ihren Betrieben durchzusetzen. SEITE 2+3

Pflegliche Versicherung

Bürgerversicherung oder Kopfpauschale? Die Wahl im September entscheidet auch über die künftige Finanzierung der klammen Pflegever-

sicherung. Die Union will eine Versicherung, in die alle gleich viel einzahlen, egal ob arm oder reich. ver.di dagegen streitet für ein Mo-

dell, das die Besserverdienenden stärker belastet. Zumal Leistungskürzungen bei der Kopfpauschale nur eine Frage der Zeit sind. SEITE 4

Jetzt aber umsteuern!

Umverteilen von unten nach oben – das war die Steuerpolitik der letzten 25 Jahre. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuer am Steueraufkommen ist in

dieser Zeit von 29 auf 14 Prozent gesunken. Doch damit nicht genug. Die SPD will im Falle eines Wahlsieges die Körperschaftsteuer nochmals um sechs

Punkte auf 19 Prozent senken. Union und FDP wollen Spitzenverdiener noch mehr entlasten. ver.di hat was dagegen: das Konzept Steuergerechtigkeit. SEITE 3

Strompreise sinken nicht

„Angela Merks Ankündigung, die Strompreise im Fall eines Wahlsieges drastisch zu senken, ist ein falsches Versprechen“, sagt Erhard Ott,

Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. Damit werde Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen gestreut, denn die Rohstoffpreise, insbe-

sondere für Gas und Erdöl, steigen weiter. Auch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer wird die Energiekosten anheben. SEITE 4

FAMILIENPOLITIK



Zurück an den Herd

FOTO: DAS FOTOARCHIV

Das kann man in die Pfanne hauen!

Deutschland hat zu wenig Kinder. Dabei beweist das Beispiel Schweden: Mehr Betreuungsplätze für Kinder steigern die Geburtenrate. Denn viele Mütter wollen nicht nur in der Küche stehen

Der männliche Hauptverdiener ist in Deutschland immer noch die Regel. 82 Prozent der Väter arbeiten Vollzeit. Doch nur jede zweite Mütter in Ostdeutschland und jede fünfte im Westen arbeitet ganztags. Denn wo die Betreuung fehlt, muss einer die Kinder hüten und der andere die Kohle ranschaffen. Partnerschaftliche Teilzeitarbeit lässt sich nur selten einrichten. Viele Paare verzichten – auch deshalb – gleich auf Nachwuchs.

Deutschland hat damit eine der niedrigsten Geburtenraten innerhalb der EU. 41 Prozent der Akademikerinnen bleiben kinderlos. Der Grund: Die Verhältnisse hierzulande sind kinder- und elternfeindlich. Dabei gibt die Regierung genauso viel Geld zur Unterstützung von Eltern aus wie beispielsweise die schwedische. Aber mit wenig Erfolg. 60 Prozent des Geldes geht in die Fa-

milien, beispielsweise als Kindergeld. 40 Prozent wird in Schule und Betreuung investiert. In Schweden liegt das Verhältnis bei 28 zu 72 Prozent – und die Geburtenrate ist deutlich höher.

Vage Absichtserklärungen

Umdenken ist angesagt. Sind Familie und Beruf besser zu vereinbaren, steigt die Geburtenrate, sagt der Wirtschaftsweisen Bert Rürup. Mit positiven Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Bessere Kinderbetreuung lässt das Bruttosozialprodukt um 1,3 Prozent jährlich steigen, hat das prognostische Institut ausgerechnet.

Keine große Partei stellt das Ehegattensplitting in Frage, das die Alleinverdiener-Ehe fördert. Und höhere Steuerfreibeträge, wie die CDU sie fordert, treiben die Frauen eher wieder zurück an den Herd. Da nützen auch

vage Absichtserklärungen zu besserer Kinderbetreuung wenig. Angela Merks Finanzexperte Paul Kirchhof gar scheint sich das Frauen- und Familienbild der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückzuwünschen. Zitat Kirchhof: „Die Mutter macht in ihrer Familie Karriere, die nicht Macht sondern Freundschaft verheißt, nicht Geld, sondern Glück bringt.“



Wählen gehen!

Jede und Jeder hat am 18. September die Chance, über unsere Zukunft zu entscheiden: Ob es nun um die Mehrwertsteuer geht oder um die Besteuerung von Feiertags-, Schicht- und Nachtschlägen, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung – immer stellt sich die Frage, wie wir künftig arbeiten und leben werden.

Entschieden wird, wie viel Verantwortung den Reichen und Besserverdienenden für die Aufgaben in unserer Gesellschaft und die Finanzierung der sozialen Sicherung abverlangt wird. Entschieden wird über **das soziale Klima in diesem Land**. Entschieden wird auch, ob wir eine bunte Gesellschaft mit Chancen und Mitspracherechten für alle wollen.

Es liegt in unserer Hand, in der Hand vieler Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbsloser, Rentnerinnen und Rentner, diese Entscheidung zu treffen. Es macht einen Unterschied, ob sie wählen gehen oder anderen die Entscheidung überlassen, wer nach der Wahl die Richtung bestimmt. Wählen gehen lohnt sich! **Also: Wählen gehen!**

FRANK BSIRSKÉ ver.di-Vorsitzender (FOTO: BONESS)

Auf das SOZIALE kommt es an
Bundestagswahl '05

TARIFAUTONOMIE

Es dient ja nur der Sicherung von Arbeitsplätzen. Was FDP und Wirtschaftsflügel der Union jedoch so schön als „Betriebliches Bündnis“ verkaufen, ist nichts anderes als die Auslieferung der Beschäftigten an die Arbeitgeber-Interessen

Betrüb Bündnis

Neun Jahre ist es her, seit der reiche Burda-Konzern (*Burda, Focus*) den 1 150 Beschäftigten seiner Druckerei im südbadischen Offenburg den Verzicht auf viele tarifliche Rechte aufnötigte: Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 35 auf 39 Stunden erhöht, davon zwei Stunden unbezahlt. Alle Zulagen gestrichen, Pausen nicht mehr bezahlt, Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit radikal reduziert. Im guten Glauben, damit Arbeitsplätze zu retten, stimmten die übergroße Mehrheit der Beschäftigten und der Betriebsrat dem Schleifen des Tarifvertrags zu: Eines der ersten „betrieblichen Bündnisse“, wie derartige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen schönfärbisch genannt werden.

Damals war das illegal, wie das Bundesarbeitsgericht der IG Medien (heute ver.di) bestätigt hat. Es ist bis heute rechtswidrig. Weil aber nur 13 Beschäftigte seinerzeit ihr gutes Recht vor Gericht einforderten, ist es bis heute bei den unrechtmäßigen Zuständen im Hause Burda geblieben. Und was ist der Dank? Von den ohnehin nur noch 950 Beschäftigten sollen dieses Jahr weitere 200 Kolleginnen und Kollegen entlassen werden: zur langfristigen Sicherung des Druckstandorts, wie es erneut heißt.

Was bei Burda als Einzelfall begann, hat sich in den letzten drei, vier Jahren stark ausgebreitet. Und nach dem aktuellen Wahlprogramm von CDU und CSU soll künftig das illegale legalisiert werden: Laut Gesetz kann von Tarifverträgen bislang nur abgewichen werden, wenn dies für die Arbeitnehmer/innen „günstiger“ ist. Beispiele sind übertarifliche Bezahlung oder Betriebsvereinbarungen über verkürzte, untertarifliche Wochenarbeitszeiten. Nach den Plänen der Unionsparteien soll künftig auch als „günstiger“ für die Arbeitnehmer gelten, wenn eine Maßnahme dem Erhalt oder der Sicherung von Arbeitsplätzen dient. Wenn also der Unternehmer behauptet, eine Lohnsenkung oder eine Arbeitszeiterweiterung (oder beides) sei nötig, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Der Erpressung sind bei einer solchen Auslegung des „Günstigkeitsprinzips“ Tür und Tor geöffnet.

Mit Hilfe dieser zynischen Interpretation des Günstigkeits-Begriffs sollen Betriebsräte mit Zustimmung von zwei Dritteln der Belegschaft die geltenden Tarifverträge außer Kraft setzen und Verschlechterungen mit dem Arbeitgeber vereinbaren können. Experten halten das auch juristisch für absurd und verfassungswidrig, denn weder

der Betriebsrat noch der einzelne Arbeitgeber haben die Tarifverträge geschlossen, sondern die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband.

Die Belegschaften und ihre Betriebsräte stehen auf verlorenem Posten, wenn diese Art „Selbstbestimmung“, wie es die FDP nennt, Wirklichkeit wird. Denn die Betriebsräte dürfen ihre Kollegen im Unternehmen nicht, wie es die Gewerkschaften jedoch können, zum Streik aufrufen. Sie könnten einer Erpressung damit nichts entgegenzusetzen.

Selbst einigen Arbeitgeber-Vertretern gehen die schwarzgelben Pläne zu weit. Sie wissen zu schätzen, dass verbindliches Tarifrecht branchenweit Rechtsicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft. Kann sich nämlich das Unternehmen A durch Abweichungen vom Tarifvertrag Wettbewerbsvorteile verschaffen, muss das Unternehmen B nachziehen, um im Geschäft zu bleiben. Was das für die Löhne, die Arbeitsbedingungen heißt? Hier würde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, von der niemand weiß, wo sie endet. „Hände weg von der Tarifaufonomie“, lautet deshalb die Forderung der Betriebsräte, „wir haben so schon genug im Betrieb zu tun.“



BERNT KAMIN, von Beruf Hafenfacharbeiter, Betriebsratsvorsitzender des Gesamthafenbetriebs Hamburg

„Wenn Union und FDP die betriebliche Ebene wirklich stärken wollten, dann müssten sie uns Betriebsräten auch das Streikrecht geben. Aber das wollen sie nicht, und deshalb sind sie ungläubwüdig.“

LUDWIG GEORG BRAUN, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages FOTO: ZUCCHI / DPA

„Ich bin überzeugt, dass betriebliche Bündnisse unter kooperativer Mitwirkung der Gewerkschaften besser funktionieren. Ohne Beteiligung der Gewerkschaft wird dem einzelnen Betriebsrat sehr schnell der Vorwurf gemacht: Du hast dich über den Tisch ziehen lassen.“



BILDUNG

Ohne Gleichen

Chancengleichheit versprechen alle Parteien, wenn es um die Bildung geht. Rot-Grün setzt dabei auf bessere Betreuung, Schwarz-Gelb sieht Bildung als Privatsache

Wenn es um Bildung geht, scheut keine Partei große Worte. Alle beteuern, dass es hier Verbesserungen geben muss und wird – wenn die Wähler sie nur lassen. Auch die Forderung nach „Chancengleichheit“ findet sich inzwischen in sämtlichen Parteiprogrammen; schließlich belegt die Pisa-Studie, dass Kinder aus wenig gebildeten Elternhäusern in Deutschland extrem benachteiligt sind.

Doch wenn es konkret wird, sind die Vorstellungen sehr unterschiedlich. Union und FDP sehen Erziehung und Bildung als Privatsache – Rot-Grün dagegen versucht die Familien durch bessere Betreuungsstrukturen zu entlasten.

Die CDU will Mütter und Väter durch eine Erhöhung des Kindergeldes „ermutigten“, sich stärker der Bildung ihrer Kleinkinder zuzuwenden. Auch verspricht sie, die Länder würden die Kinderbetreuung stärker ausbauen – passiert ist bislang jedoch nichts. Bayern ist in diesem Punkt Schlusslicht in Deutschland. In

der Schule will die Union dann gezielt Hochbegabte fördern. An den Universitäten führen CDU-regierte Länder bereits Studiengebühren ein – dabei sind dort ohnehin schon kaum Arbeiterkinder zu finden. Bei der FDP steht Leistung im Zentrum: Sprachtest mit 4, Schule ab 5 und Abitur nach der 12. Klasse. Zudem sollen die Hochschulen nach Wunsch der Liberalen Studiengebühren kassieren, um ihr Lehrangebot zu verbessern. Nicht Chancengleichheit, sondern stärkere soziale Auslese wird mit den schwarzen und gelben Konzepten erreicht.

SPD, Grüne und Linkspartei setzen dagegen auf eine Verbesserung der öffentlichen Angebote. Sie lehnen Studiengebühren ab und wollen kleine Kinder gezielt fördern. Die SPD plant die Einrichtung von 230 000 zusätzlichen Kitaplätzen bis 2010, die Grünen wollen das letzte Jahr vorm Schuleintritt gratis anbieten. Die Linkspartei fordert eine kostenlose Ganztagsbetreuung für alle Kinder.



Bildung ist keine Privatsache

FOTO: HARTMUT SCHWARZBACH

www.wahl2005.verdi.de

ist die ver.di-Adresse im digitalen Bundestagswahlkampf. Neben den harten Fakten, wie dem „Aufreger des Tages“ und der Auseinandersetzung mit den Wahlversprechen der Parteien, gibt es Kommen-

ture, Umfragen und jede Woche das Quiz „Wer hat den Durchblick?“ Außerdem sucht ver.di Korrespondenten, die aus Wahlveranstaltungen berichten, und interessante Bilder aus dem Straßenwahlkampf. Bilder und Texte bitte an internetredaktion@verdi.de

FRAUEN

Drei im Schatten

Nur drei Frauen beruft Angela Merkel in ihr Kompetenzteam – für die „weichen“ Themen

Jetzt hat sie den Schleier gelüftet: Angela Merkel hat ihr „Kompetenzteam“ vorgestellt. Aus Frauensicht ist es eine böse Überraschung, nur drei Frauen hat Merkel für ihr Schattenkabinett nominiert. Annette Schavan, Bildungsministerin aus Baden-Württemberg, und Ursula von der Leyen, niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, sollen sich um diese Themen auf Bundesebene kümmern. Hinzu kommt Gerda Hasselfeld für Landwirtschaft und Verbraucherschutz – das war's mit weiblicher Kompetenz im Team.

Ergänzt wird die Runde um sechs Männer. Die dürfen sich um die „harten“ Themen kümmern: Wirtschaft, Arbeit, Finanzen, Außen- und Innenpolitik – auch unter einer Kanzlerin Merkel wird sich an dieser traditionellen Aufteilung nichts ändern. Immerhin gibt es im Moment sechs Frauen in Gerhard Schröders Kabinett – so viele wie nie zuvor. Doch wer hofft, dass eine Kanzlerkandidatin frauenpolitische Impulse

bringt, der hat sich getäuscht. Im „Regierungsprogramm“ der Unionsparteien tauchen Frauen nur auf, wenn es um Familie oder Pflege geht.

Auch das Thema Umwelt spielt bei Merkels Wunschregierung keine große Rolle. Gerda Hasselfeld bekommt dieses wichtige Thema als Anhängsel – aber selbst ihre Kollegen aus der CSU beklagen, dass das Thema nicht kompetent besetzt sei. Es ist umso erstaunlicher, dass Angela Merkel diese Themen so vernachlässigt, war sie doch unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sowohl Ministerin für Umwelt (1994 bis 1998) als auch für Frauen und Gleichstellung (1991 bis 1994).

Wer wissen will, wer im eigenen Wahlkreis kandidiert, ist auf der Homepage www.kandidaten-wahl.de gut aufgehoben. Per Postleitzahl kann man die Kandidierenden aufrufen und sie per E-Mail fragen, was sie von weiblicher Kompetenz halten oder wo es ihnen auf das Soziale ankommt.

Hart, härter, Hartz IV

Hartz IV bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen – bei dieser Kritik an Rot-Grün bleibt es für ver.di.

- Die Kritik im Einzelnen:
- Das Arbeitslosengeld II reicht in vielen Fällen kaum zum Leben.
 - Bei Rücklagen für die Altersvorsorge wird zu viel angerechnet.
 - Vom Hinzuverdienst bleibt zu wenig übrig. De facto 10 bis 20 Pro-

- zent sind zu wenig.
- Zumutbare Arbeit muss tariflich bezahlt sein. Ein Mindestlohn muss her.
 - Ein-Euro-Jobs müssen freiwillig sein, den gleichen Schutz wie andere Arbeit haben und dürfen reguläre Beschäftigung nicht verdrängen.
 - Vorruheständler (so genannte 58er) dürfen nicht schlechter gestellt werden als jetzt.

liches



CHRISTINE BRÄNZEL, Tiefdruckretuscheurin, stellvertretende Betriebsrats-Vorsitzende beim Tiefdruckkonzern Prinovis in Ahrensburg



LOTHAR HARTMANN, Industriekaufmann, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender der 28 deutschen Standorte von SCA Packaging, Pulheim



PETRA TRELLE-KAMP, gelernte Werbegestalterin, Betriebsratsvorsitzende beim real-Markt in Duisburg



KLAUS HANSCHUR, gelernter Masseur und med. Bademeister, Personalratsvorsitzender des Uniklinikum-Standorts Gießen

„Mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird es von Betrieb zu Betrieb zu gehen wie im Fußballstadion: Wenn einer aufsteht, um besser zu sehen, muss sich hinter ihm der nächste erheben – bis das ganze Stadion steht.“

„Wir könnten nicht einmal innerhalb unseres Konzerns halbwegs einheitliche Arbeitsbedingungen gewährleisten und würden untereinander europaweit in noch schärfere Konkurrenz getrieben.“

„Das wird doch ein großes Durcheinander, wenn tausende einzelner Betriebsräte die unterschiedlichsten wirtschaftlichen Zahlen und Daten vorgelegt bekommen. Wer kann denn da noch vernünftige Kriterien festlegen?“

„Da kann eine betriebliche Interessenvertretung noch so stark sein und eine Belegschaft noch so selbstbewusst: Sie haben nicht die Verhandlungsmacht einer Gewerkschaft. Der Arbeitgeber braucht immer nur nein zu sagen.“

FOTOS: PRIVAT (3), VON POLENTZ, BORSTELMANN

RENTE

Malochen bis zum Umfallen

Arbeiten bis 70? Dabei ist die Rente ist sicher – wenn auch Selbstständige und Beamte ihren Beitrag dazu leisten

In diesem Wahlkampf hörten die Parteispitzen auf ihre Strategien und hielten Aussagen zur Rente eher vage. Erst Meldungen über 500 Millionen Euro, die sich die Rentenkassen beim Bund pumpen müssten, zerrten das Thema auf die Tagesordnung.

Umstritten in der Debatte ist das Renteneintrittsalter. Die SPD will das 65. Lebensjahr beibehalten. Die Union ebenso, will es bei geringerer Arbeitslosigkeit aber auf 67 Jahre anheben. Die Linkspartei will die bestehende Altersgrenze beibehalten und sichert nach 30 Jahren Beitragszahlung eine Mindestrente von 800 Euro zu.

Die FDP will eine umlagefinanzierte Basisversicherung, ergänzt durch private und betriebliche Vorsorge sowie eine flexible Altersgrenze ab 60 Jahren, allerdings mit kräftigen Abschlägen bei der Rente. Eine Art Bürgerversicherung wollen die Grünen: eine Grundsicherung plus geförderte

Privatversicherung als Ergänzung. Eine zusätzliche betriebliche und private Altersversorgung wollen auch die Sozialdemokraten.

Ganz im Sinne der Unternehmen will die FDP die Rentenbeiträge auf 19 Prozent einfrieren. Anders die Linkspartei: Sie will alle Einkommen zum Beitrag heranziehen und die Beitragsbemessungsgrenze an- und später ganz aufheben.

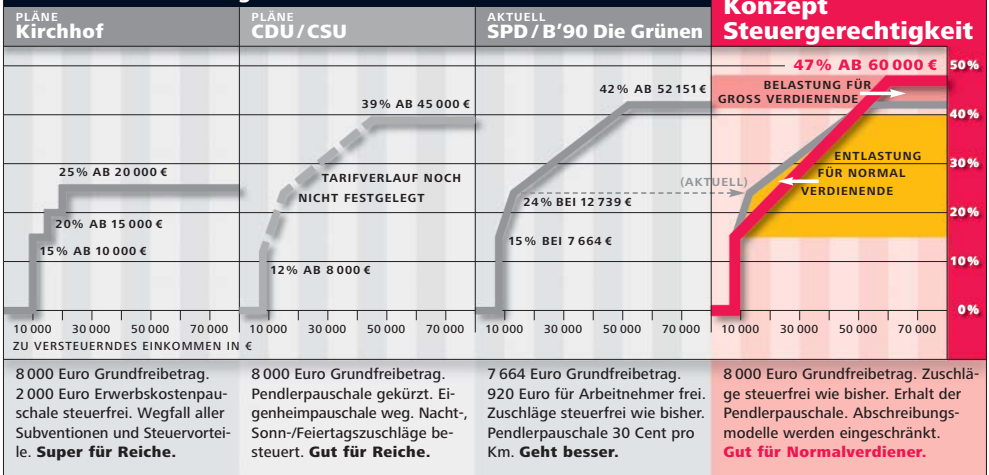
Hauptursache für das Renten-dilemma ist anhaltender Personalabbau und die Ausweitung prekärer Beschäftigung (Mini- und Midijobs). Das schmälert die Einnahmen der Rentenkassen. ver.di hält das Eintrittsalter von 65 für ausreichend und die paritätisch finanzierte gesetzliche Rentenversicherung für zukunftssicher, wenn mehr versicherungspflichtige Erwerbstätige die Rentenkasse tragen. Und mehr Förderung der betrieblichen und privaten Zusatzversorgung schafft einen verlässlichen Lebensstandard im Alter.

Alle Räder stehen still...

Union und FDP wollen die Pendlerpauschale kürzen, sollen sie die Wahl gewinnen. Bislang können die 35 Millionen deutschen Berufspendler für jeden Kilometer, den sie zur Arbeit zurücklegen, 30 Cent bei der Steuererklärung absetzen. Die Union will die Pauschale auf 25 Cent kürzen und auf 50

Kilometer begrenzen. Die Liberalen wollen sie ganz streichen. Damit trifft die Kanzlerkandidatin von CDU/CSU, die in Brandenburg aufgewachsene Angela Merkel, ausgerechnet die Wähler im strukturschwachen Ostdeutschland. Dort sind hundert Kilometer Anfahrtsweg am Tag keine Seltenheit.

Steuermodelle im Vergleich



STEUERPOLITIK

Millionen für Millionäre

Steuersätze runter – das klingt erst einmal gut. Doch: Kirchofs Steuerpläne machen Arme noch ärmer und Reiche noch reicher

Merkel am Steuer, das wird teuer! Sollte die Union die Neuwahlen gewinnen, will sie den Spitzensteuersatz von jetzt 42 auf 39 Prozent senken. Damit wird einem Millionär soviel geschenkt, wie ein Vollzeitbeschäftigter durchschnittlich im Jahr verdient: Rund 30 000 Euro. Blechen dafür werden die normal Beschäftigten: Krankenschwestern, Feuerwehrmänner, Drucker. Denn die Steuerbefreiungen auf Nacht- und Sonntagszuschläge werden abgebaut und die Pendlerpauschale reduziert.

Merkels Mann fürs Finanzielle, Paul Kirchoff, will den Steuersatz sogar auf 25 Prozent eindampfen. Zu zahlen wäre er bereits ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 20 000 Euro. Das heißt, alle tragen im gleichen Maße zum Gemeinwesen bei – die Krankenschwester ebenso wie der Chefarzt. Nur, wer reich ist, erfreut sich im Vergleich zu heute an massiven Steuererleichterungen: Mindestens 100 000 Euro im Jahr

lässt Kirchoff für einen Millionär springen! Geachtet ist was anderes.

ver.di hat zusammen mit attac und IG Metall ein gerechtes Steuermodell entwickelt. Für jeden Euro oberhalb eines Jahreseinkommens von 60 000 Euro soll ein Steuersatz von 47 Prozent gelten. Niedrigere Einkommen werden dagegen entlastet. Ein Lediger mit einem Jahreseinkommen von 30 000 Euro würde 1 100 Euro weniger an das Finanzamt abführen. Belastungen gibt es damit erst ab einem Einkommen von 90 000 Euro.

Zudem will ver.di die Superreichen, die hier die Annehmlichkeiten eines noch weitgehend intakten Staates genießen, wieder stärker in die Pflicht nehmen. Allein die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftsteuer bringen 20 Milliarden Euro im Jahr. Großzügige Freibeträge garantieren, dass nur wirklich Reiche belastet werden.

Pater FRIEDHELM HENGSBACH, Sozialethiker:

„Die CDU/CSU ist verlässlich – indem sie die rückständigen Rezepte aus der Schublade der 80er Jahre hervorholt: weniger Steuern für Wohlhabende, mehr Steuern für Krankenschwestern im Nacht- und Sonntagsdienst. Wachstum und Arbeitsplätze kommen dadurch nicht.“

GESUNDHEIT

Wer soll dafür den Kopf hinhalten?



ver.di fordert ein solides finanziertes Gesundheitswesen

FOTO: J. ECKEL / ECOPIX

Um die ständig steigenden Gesundheitskosten bezahlen zu können, ist eine Reform fällig. Die Union will auf Kopfpauschalen umstellen, Rot-Grün empfiehlt die Bürgerversicherung

Zwei Drittel der Deutschen wünschen sich eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems. Sie befürworten eine Bürgerversicherung, in die auch Selbstständige, Beamte, Politiker und Gutverdiener einzahlen müssen. Das ergibt der aktuelle Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung. Durch dieses Modell, mit dem Rot-Grün in den Wahlkampf geht, soll die Krankenversicherung auf eine breitere finanzielle Basis gestellt werden. Und sinkt erst der Kassenbeitrag, werden automatisch die Lohnnebenkosten billiger – ein erklärtes Ziel der Umstellung.

Die Union allerdings hat sich in ihrem „Regierungsprogramm“ bereits auf die wenig beliebte „Gesundheitsprämie“ festgelegt, besser bekannt unter dem Stichwort „Kopfpauschale“. Der Arbeitgeberbeitrag soll bei dieser einheitlichen Prämie festgeschrieben und damit künftig von den ständig steigenden Gesundheitskosten abgekoppelt werden. Kinder werden beitragsfrei mitversichert, Gering-

verdiener erhalten einen Ausgleich. Um dies zu finanzieren, müssen Steuermittel fließen. Bislang war für die Kopfpauschale ein Betrag von 170 Euro im Gespräch – CDU/CSU wollen sich jedoch weder auf eine Zahl, noch auf einen Start für die Prämie festlegen.

Kein Wunder, heißt es bei der Hans-Böckler-Stiftung. Fast 15 Milliarden Euro Steuergelder jährlich wären nötig, um die Unionspläne zu realisieren. Das haben Modellrechnungen des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie und des Instituts für Volkswirtschaft der Universität Augsburg ergeben. 25 Millionen Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen würden auf einen Schlag zu Subventionsempfängern.

ver.di, aber auch Verbraucherzentralen und verschiedene Krankenkassen lehnen daher die Kopfpauschale vehement ab. „Gerechtigkeit und Solidarität sind für ver.di unverzichtbare Merkmale des Gesundheitssystems“, heißt es in einem Papier der

Gewerkschaft. Dies erfordere nicht nur den Ausgleich zwischen gesund und krank und jung und alt, Frauen und Männern, sondern auch zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen. Das Fazit: „Die Finanzierung der Krankenversicherung über Kopfpauschalen beziehungsweise Gesundheitsprämien, wie sie die CDU/CSU und ArbeitgeberInnenverbände vertreten, steht hierzu in einem grundsätzlichen Widerspruch und wird deswegen von ver.di abgelehnt.“

Einen kompletten Systemwechsel will gar die FDP. Sie will bei einem Wahlsieg die Krankenversicherung privatisieren. Jeder soll seine Versicherung frei wählen können, Regelleistungen werden über eine einheitliche Prämie abgesichert. Was Regelleistung ist und wer sie festlegt, erklären die Liberalen nicht. „Billiger wird es für Junge und Gesunde, wer chronisch krank ist und einen umfassenden Schutz braucht, zahlt mehr“, erklärt der ver.di-Gesundheitsexperte Herbert Weisbrod-Frey.

PREISRÄTSEL

Qual der Wahl

Wer am 18. September sein Kreuz an der richtigen Stelle machen will, muss informiert sein. Hier können Sie schon mal Ihr Wissen testen

- 2004 haben sich 740.200 Jugendliche um eine Ausbildungsstelle beworben. Wie viele waren bei ihrer Suche erfolglos?
 - Nur wenige (KAN)
 - 44.600 (SAI)
 - 92.100 (DU)
 - mindestens 150.000 (NEU)

- Wie haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 2004 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt? Sie sind
 - gesunken (ZEL)
 - gleich geblieben (SE)
 - bis zu 8 Prozent gestiegen (SAS)
 - um mehr als 8 Prozent gestiegen (WAH)

- Von 1998 bis 2005 ist der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer
 - gestiegen (BUH)
 - gleich geblieben (POL)
 - um fünf Prozent gefallen (TIK)
 - um mehr als zehn Prozent gefallen (LEN)

Die Silben hinter den jeweils richtigen Antworten ergeben das Lösungswort. Bitte schicken Sie eine Postkarte mit dem Lösungswort bis zum **18.09.2005** (Datum des Poststempels) an: **ver.di PUBLIK, EXTRA-Rätsel, 10112 Berlin.** Unter allen richtigen Einsendungen auf unsere Wahl-Rätsel verlosen wir **5 x ein ver.di PUBLIK-Abonnement für ein Jahr** (für Sie selbst oder zum verschenken) **5 x eine ver.di-Umhängetasche** **5 x ein ver.di-Terminplaner**

MIGRATION

Heimisch durch Arbeit

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Viele Migrantinnen und Migranten haben sich inzwischen integriert, die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, gehen täglich ihrer Arbeit nach. Doch gleichzeitig sind sie von der Zerstörung sozialstaatlicher Sicherheit am meisten betroffen. Bei ihnen ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch

wie bei allen Anderen. „Die Nagelprobe für gelungene Integration bleibt deshalb der Zugang zur Erwerbsarbeit“, sagt Sonja Marko, bei ver.di für Migrationspolitik zuständig. ver.di setzt sich dafür ein, **dass das Antidiskriminierungsgesetz ohne Abstriche verabschiedet wird.** Auch sind die Integrationskurse, vor allem die

Sprachkurse, chronisch unterfinanziert, die Nachfrage ist weit größer als das Angebot. Sonja Marko warnt vor einem Trend: „Migration wird immer öfter nur unter dem Aspekt der inneren Sicherheit und des Terrorismus gesehen. Die meisten Migranten haben damit aber gar nichts zu tun. Das muss sauber getrennt werden!“

ENERGIEPREISE

Auch mit Angela wird der Strom nicht billiger

O-Ton Angela Merkel: „Unter meiner Kanzlerschaft werden die Strompreise sinken.“ Ein Versprechen, das die Kanzlerkandidatin der Union gar nicht halten kann. Denn die Strompreise hängen von verschiedenen Faktoren ab: Die Rohstoffpreise steigen weltweit, die Hälfte der deutschen Kraftwer-

ke muss mit Milliardenaufwand erneuert werden, und CDU/CSU wollen die Mehrwertsteuer anheben. Dies alles zusammen erhöht die Preise. Und: Einsparungen bei den Entgelten für die Stromnetze würden die **Sicherheit der Energieversorgung gefährden** („Blackouts“)

und zudem Arbeitsplätze vernichten. Das Streichen der Preiszuschläge für erneuerbare Energien und die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wäre umwelt- und klimapolitisch nicht zu verantworten. Fazit: Auch unter einer Kanzlerin Angela Merkel würde Strom (und Gas) nicht billiger.

IMPRESSUM

VER.DI EXTRA ZUR BUNDESTAGSWAHL: PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN TEL: 030 / 6956-0, FAX: 030 / 6956-3012 E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE **HERAUSGEBER:** FRANK BSIRSKÉ, VORSITZENDER DER VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI

REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.), UTA ANDRESEN, PETRA GROLL, ANNETTE JENSEN, CHRISTIAN JUNGEBLOTT, RENATE KOSSMANN, GUNTER LANGE, HEIKE LANGENBERG, JENNY MANSCH, HENRIK MÜLLER, DIETMAR ROTHWANG, HERMANN SCHMID, BERND STEINMANN, PETRA WELZEL, CLAUDIA VON ZGLINICKI **GESTALTUNG UND PRODUKTION:** BUCKENDAHL:DESIGN, HAMBURG **DRUCK:** ALPHA-PRINT-MEDIEN AG, DARMSTADT

Was will ver.di? ver.di will ein zukunftsfähiges Deutschland. Sozial gerecht. Tolerant und weltoffen

- In der Globalisierung muss sich die **Politik auf die Seite der Menschen stellen.**
- Politik ist nicht der Diener des Wettbewerbs, sondern muss ihn sozial und ökologisch gestalten.
- Entschlossen gegen Arbeitslosigkeit. **Beschäftigung entsteht durch Umorientierung der Wirtschaftspolitik.** Nicht durch Verzicht der Arbeitenden, Arbeitslosen und Rentner.
- Arbeit darf nicht arm machen. Dazu gehört ein gesetzlicher **Mindestlohn: 7,50 Euro in der Stunde.**
- Das ist realistisch. Das zeigen unsere europäischen Nachbarn.
- Arbeiten ohne Angst. **Arbeitnehmer wollen Einfluss** auf ihre Arbeitsbedingungen nehmen. Mehr Mitbestimmung, mehr Schutz durch Tarifverträge und Betriebsräte.
- **Bessere Bildung, bessere Chancen.** Kinder zu haben und Berufstätigkeit müssen besser vereinbar sein. Die Schulen sollen fördern, nicht aussortieren. Jugendliche brauchen eine Ausbildung. Studieren darf nicht vom Geldbeutel abhängen.
- Freiheit braucht soziale Sicherheit. Wer arbeitslos wird, darf nicht in Armut fallen. Die Rente muss auch übermorgen sicher sein. Gesundheit muss bezahlbar sein.
- Gesellschaftliche Aufgaben gerecht finanzieren. Jeder trägt nach seiner Leistungsfähigkeit dazu bei. Wir brauchen ein **gerechtes Steuersystem.** Unternehmen und Vermögende müssen wieder mehr Verantwortung für die Finanzierung der Zukunftsaufgaben übernehmen.

